Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/3718

07. 02. 96

Antrag

der Abgeordneten Dr. Eberhard Brecht, Dr. R. Werner Schuster, Joachim Tappe, Dr. Peter Struck, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

Initiativen zur Sicherung des Friedens in Burundi

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag ist zutiefst besorgt über die seit Monaten anhaltende Verschärfung der innenpolitischen Spannungen in Burundi. Der Verlauf der bisherigen Auseinandersetzungen zwischen den Bevölkerungsgruppen läßt befürchten, daß die Unruhen und die immer wieder aufflammenden Kämpfe zu einem Bürgerkrieg eskalieren, dem Tausende Menschen zum Opfer fallen werden. Einem Schreiben des VN-Generalsekretärs an den Sicherheitsrat zufolge ist die Situation in Burundi von „täglichen Morden, Massakern, Folter und willkürlichem Arrest" gekennzeichnet. Hilfsorganisationen berichten, daß monatlich etwa 1 000 Männer, Frauen und Kinder aus ethnischen und politischen Motiven ermordet werden.

Die Vorschläge des VN-Generalsekretärs, die auch die Entsendung einer Friedenstruppe einschließen, sind vom Sicherheitsrat bisher lediglich zur Kenntnis genommen worden. Angesichts der explosiven Situation in Burundi bedarf es dringend einer Entscheidung der internationalen Gemeinschaft. Der Völkermord in Ruanda, der 1994 unter den Augen der Weltöffentlichkeit mehr als eine halbe Million Menschenleben kostete, darf sich in Burundi nicht wiederholen. Die UNO hat auf die Parallelität der Ereignisse in beiden Ländern zu Recht immer wieder aufmerksam gemacht.

Die internationale Gemeinschaft und die Staaten, die im Sicherheitsrat besondere Verantwortung tragen, müssen neue Anstrengungen zur Eindämmung des Konflikts, zur Vorbeugung gegenüber einem drohenden Bürgerkrieg und zur Schaffung eines dauerhaften Friedens in Burundi unternehmen.

Die Bundesregierung ist der Forderung des am 22. Juni 1995 einstimmig verabschiedeten interfraktionellen Antrags „Sicherung des Friedens und der demokratischen Entwicklung in Burundi" des Deutschen Bundestages, wonach sie auf bilateraler, insbesondere auf europäischer Ebene erneut aktiv werden und bei der internationalen Gemeinschaft auf ein stärkeres Engagement zur Wiederherstellung der Demokratie und zur Förderung eines friedlichen Zusammenlebens der Bevölkerung in Burundi drängen soll, nicht in genügendem Maße nachgekommen. Mit der Beschrän-

kung auf unzureichende Mittel der Gesprächsdiplomatie zeigt die Bundesregierung ein zu geringes Engagement bei der Regelung des Konflikts. Dies ist angesichts der wachsenden Zahl der Opfer und der Eskalation der Gewalt in Burundi unverständlich und zu kritisieren.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung deshalb auf,

1. sofort Initiativen zur Umsetzung der Forderungen des Deutschen Bundestages vom 22. Juni 1995 zu ergreifen und dem Deutschen Bundestag bis zum 25. April 1996 über die Aktivitäten und deren Ergebnisse zu berichten;

2. auf internationaler Ebene alles in ihrer Macht stehende zu unternehmen und friedenssichernde Maßnahmen zu unterstützen, um das nach dem Völkermord in Ruanda von der Weltgemeinschaft gegebene Versprechen einzulösen, daß sich eine solche Tragödie nicht wiederholen darf;

3. sich dafür einzusetzen, daß der Konflikt in Burundi erneut auf die Tagesordnung des Sicherheitsrates gesetzt wird und die Vorschläge von Generalsekretär Boutros-Ghali, VN-Blauhelme, welche im Falle einer Eskalation in Burundi eingreifen könnten, im Nachbarland Zaire zu stationieren, eine internationale Friedenstruppe zur Absicherung von Mitarbeitern der UNO und humanitärer Hilfsorganisationen sowie Menschenrechtsbeobachter nach Burundi zu entsenden, vom Sicherheitsrat angenommen werden;

4. die Initiative zur Durchführung einer regionalen Friedenskonferenz mit der Teilnahme der Konfliktparteien aus Ruanda und Burundi und der Nachbarstaaten Zaire, Uganda und Tansania zu ergreifen; die Bereitschaft zu erklären, als Vermittler zur Verfügung zu stehen und die logistischen und finanziellen Voraussetzungen für eine Friedenskonferenz zur Verfügung zu stellen.

Bonn, den 7. Februar 1996

Dr. Eberhard Brecht
Dr. R. Werner Schuster
Joachim Tappe
Dr. Peter Struck
Rudolf Scharping und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333